



Pressemitteilung

Die Landesregierung trägt Verantwortung für den drohenden Kollaps der hausärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz!

Das ursprüngliche Ziel für die Umsetzung des bereits 2017 beschlossenen „Masterplan 2020“ zur Reform des Medizinstudiums und damit der Ärztlichen Approbationsordnung (ÄApprO) liegt bis heute unvollendet in den Schubladen der Landesregierungen.

Der Masterplan Medizinstudium 2020 ist jedoch einer der zentralen Bausteine zur mittel- und langfristigen Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung. Dass diese so dringend notwendige Reform seit Jahren von den Ländern verschleppt wird, ist skandalös. Die Länder wollen schlicht und einfach auf Kosten der Zukunft der hausärztlichen Versorgung sparen.

Dass das Bundesgesundheitsministerium bei der Reform des Medizinstudiums, trotz der Blockadehaltung der Länder, einen neuen Anlauf nimmt, ist eine positive Nachricht. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass die Reform ihr zentrales Ziel, nämlich die Stärkung der Allgemeinmedizin, am Ende des Tages auch tatsächlich erfüllt. Eine weitere Verwässerung der Reform zu Lasten der hausärztlichen Versorgung ist ein absolutes No-Go.

Der aktuell überarbeitete Referentenentwurf enthält gegenüber der ursprünglichen Version Rückschritte in mehreren Bereichen. So wäre es aus unserer Sicht beispielsweise dringend geboten gewesen, dass alle Studierenden im letzten Staatsexamen verpflichtend eine Prüfung in der Allgemeinmedizin absolvieren. Auch die Tatsache, dass die Reform durch den langwierigen Prozess erst ab 2027 greifen kann – und somit ganze zehn Jahre nachdem sie beschlossen wurde – ist ein untragbarer Zustand.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz trägt somit Verantwortung, wenn in den kommenden Jahren die hausärztliche Versorgung hier im Lande kollabiert. Medizin wird von Menschen für Menschen gemacht. Ohne eine ausreichende Anzahl an Ärztinnen und Ärzten, die bereit sind, die ambulant-hausärztliche Versorgung der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz auch in der Zukunft zu stemmen, ist jede andere Maßnahme zur Sicherstellung eine Farce.

Wir fordern daher die Landesregierung von Rheinland-Pfalz auf, den Masterplan 2020 endlich umzusetzen.

Der Landesregierung muss klar sein: Wenn das Medizinstudium nicht dem Versorgungsbedarf entsprechend jetzt reformiert wird, werden die gesellschaftlichen, gesundheitlichen und ökonomischen Kosten enorm sein!

Koblenz, den 10.Mai 2023

Dr. Barbara Römer
Landesvorsitzende

Dr. Heidi Weber
2. Vorsitzende

Dr. Klaus Korte
Schatzmeister

Dr. Torsten Buchheit
Schriftführer